

Weg mit der Bürokratie – aber wie?

Deutschland ist zu bürokratisch. Diesen Satz darf man an den Beginn einer Sonderausgabe schreiben, einfach so im Indikativ, denn auf diesen Satz hat sich das Land inzwischen geeinigt.

Unternehmer klagen sowieso schon lange über die große Menge an Regulierung, die „Unternehmen geradezu erstickt“, wie zum Beispiel die Präsidentin der Familienunternehmer, Marie-Christine Ostermann, befindet. Doch die Chefs sind nicht die Einzigen. Wen man in Deutschland auch fragt, Klagen über die Bürokratie kommen immer. 83 Prozent der Baden-Württemberger finden, dass es zu viel Bürokratie gebe. 82 Prozent der Apotheker fühlen sich „sehr stark beeinträchtigt“, 85 Prozent der Lehrer finden den Aufwand „unangemessen und belastend“. Bei Alten- und Krankenpflegern geht durchschnittlich fast die Hälfte der Arbeitszeit für Bürokratie drauf. „Wir haben es übertrieben, das ist meine feste Überzeugung“, sagt sogar der Bundeskanzler.

Windräder können nicht gebaut werden, weil die Bauteile nicht über die Autobahn transportiert werden dürfen. Ideen zum Gassparen können die Unternehmen nicht verwirklichen, weil die Genehmigung fehlt. Und die Politik spürt die Folgen selbst. Sogar einfache Bahnstrecken brauchen heute 25 Jahre zwischen dem Beschluss und dem ersten Zug – das ist eine Verspätung von besonderer Relevanz: Wenn sich daran nichts ändert, werden neu geplante Trassen nicht mehr rechtzeitig fertig, bevor Deutschland 2045 klimaneutral sein will.

Ein Symptom der Malaise: Die Bundesregierung bekommt ihr Geld gar nicht mehr ausgegeben. Mindestens 74 Milliarden Euro stehen inzwischen in den Haushalten von Bund und Ländern, die zwar eingeplant, aber nicht ausgegeben sind – das ist so viel wie der komplette Etat der Bundesministerien für Verkehr, Forschung und Gesundheit.

An Personalmangel kann das nicht liegen. Im öffentlichen Dienst arbeiten inzwischen mehr als fünf Millionen Menschen, seit 2009 ist ihre Zahl kontinuierlich gestiegen, inzwischen übertrifft sie sogar den Personalbestand vor 25 Jahren, als E-Mails noch ein Nischenthema für Technikfreaks waren.

Nein, das Problem ist ein anderes: Die Gesetze werden immer zahlreicher und immer komplizierter. Da bekommt auch mancher Minister Angst, wenn er an die kommenden Jahre denkt, in denen auch die Verwaltungen mit weniger Mitarbeitern auskommen müssen. „Wir merken, dass wir gar nicht mehr die Manpower haben, die Regeln einzuhalten, die der Staat sich selbst gibt“, sagte jüngst Danyal Bayaz, der Finanzminister von Baden-Württemberg. Und weiter: „Es gibt ein legitimes Anliegen, dass der Staat funktioniert, und da haben wir eine gewaltige Aufgabe.“ Auch in den Reihen der Grünen setzt sich die Erkenntnis durch, dass der deutsche Staat an vielen Stellen zu kompliziert geworden ist.

Das festzustellen ist einfach. Etwas dagegen zu tun ist schon schwieriger. Die Ampelkoalition hat sich jedenfalls ans Werk gemacht. Benjamin Strasser koordiniert in der Bundesregierung den Bürokratieabbau und bescheinigt sich selbst gute Chancen: „Es gibt momentan ein Gelegenheitsfenster, eine große Aufmerksamkeit aus der ganzen Breite der Gesellschaft.“

Im Oktober erst hat die Regierung eine Übersicht all ihrer Bürokratieabbau-Initiativen veröffentlicht, die detailliert verschiedene Projekte vorstellt. Schwere Schmerzmittel dürfen demzufolge auch für mehr als 30 Tage verschrieben werden, damit man nicht mehr so viele Rezepte braucht. Familien mit kleinen Kindern müssen nicht mehr jedes Jahr zum Amt, um den Kinderausweis zu verlängern – er wird durch den normalen Reisepass ersetzt, den man nur noch alle sechs Jahre beantragen muss. Versammlungen von Wohnungseigentümern dürfen künftig auch dann per Videokonferenz tagen, wenn nicht jeder einzelne Miteigentümer zugestimmt hat, sondern nur eine große Mehrheit.

Macht all das Deutschland schon agiler? Daran sind Zweifel erlaubt. Denn auf der anderen Seite werden Vorgaben immer komplizierter. Das Heizungsgesetz der Bundesregierung hatte, als es schließlich verabschiedet wurde, insgesamt 176 Seiten, in denen auch detailliert geregelt wurde, bis wann Umwälzpumpen ausgetauscht sind, die in den Heizkreisen extern verbaut sind, einige Einschränkungen und Ausnahmen inklusive.

Deutschland braucht einen agileren Staat. Da müssen viele mithelfen.

Von
Patrick Bernau

„Deutschlandtempo“ nannte es Bundeskanzler Olaf Scholz, als die Regierung es im vergangenen Jahr schaffte, dass an der Nord- und Ostseeküste Flüssiggas-Terminals angelegt wurden, um russisches Gas zu ersetzen. Das ging mittels eines Sondergesetzes, das im Prinzip nur eine Liste von anderen Gesetzen enthält, die für den Bau der Terminals eingeschränkt oder modifiziert wurden.

Diese anderen Gesetze generell anzupassen, das war in der Regierung nicht mehrheitsfähig. Selbst als noch ein paar weitere Projekte ähnliche Ausnahmen wie die LNG-Terminals bekommen sollten, geriet die Koalition in Streit. Und als das jüngste Bürokratieabbau-Projekt der Bundesregierung Fahrt aufnahm, da gab es ein Ministerium, das erst mal gar keine Vorschläge zur Abschaffung auch nur einer Regel machte, nämlich das Umweltministerium unter der Grünenpolitikerin Steffi Lemke, wie die F.A.S. damals berichtete.

So viel steht also fest: Es gibt einen abstrakten politischen Willen zum Bürokratieabbau, der in der Praxis aber nicht immer sehr weit ausgeprägt ist. Dazu kommen politische Unstimmigkeiten, denn jeder findet die Gesetze des jeweils anderen verzichtbar: ob man eher den Naturschutz einschränken muss oder den Arbeitsschutz oder die Rechte der Steuerzahler, darauf wird es kaum Einigkeit geben. Und selbst wenn: Die Bundesregierung allein kann es nicht richten, an der Bürokratie sind auch andere schuld.

Da ist zum Beispiel die EU. Die Bundesregierung will gerade zusammen mit

Frankreich für die EU das erste Bürokratie-Abbauprojekt aller Zeiten ins Rollen bringen. Wie viel das bringt, ist noch nicht klar. Bisher jedenfalls hat sich selbst die Bundesregierung immer mal wieder im Dickicht zwischen den Gesetzen der EU und Deutschlands verheddert. So droht zum Beispiel der deutsche Kohleausstieg nutzlos zu werden. 40 Milliarden Euro sind vorgesehen, damit Deutschland früher aus der Kohle aussteigt und so das Klima schont. Doch da gibt es auch den CO₂-Zertifikatehandel der EU. Wenn niemand etwas tut, werden die Zertifikate einfach anderswo genutzt, und dem Klima ist gar nicht geholfen.

Eigentlich wollte die Bundesregierung die CO₂-Zertifikate löschen lassen. Doch zwischen ihr und der EU-Kommission gab es Missverständnisse über die formalen Anforderungen des Löschantrags. Jetzt werden zwar die Kohlekraftwerke stillgelegt, aber die CO₂-Emissionserlaubnisse gibt es noch. Allein für die bis jetzt stillgelegten Kraftwerke hätte laut einem F.A.Z.-Bericht ein Vielfaches dessen eingespart werden können, was ein Tempolimit bringen würde. Doch nichts ist geschehen, das CO₂ wurde trotzdem ausgestoßen. So macht die Bürokratie den Klimaschutz zunichte.

Probleme gibt es allerdings nicht nur mit der EU. Da sind auch noch Bundesländer und Kommunen. Am Montag trifft Olaf Scholz die Ministerpräsidenten der Länder und wird mit ihnen gemeinsam versuchen, manches zu vereinfachen. Ein Grundproblem aber bleibt: In Deutschland werden zwar viele Gesetze vom Bund beschlossen, die meisten aber trotzdem von den Ländern ausgeführt, so sieht es Artikel 83 des Grundgesetzes vor. Deshalb erfährt selbst die europäische Datenschutz-Grundverordnung, die in Deutschland sowieso restriktiv ausgelegt wird, noch 16 verschiedene Auslegungen. Einfach ist das nicht, Orientierung findet der Bürger so auch nicht.

Doch genau dort liegt wahrscheinlich der größte Hebel: in der Verwaltung. In der Praxis kommt es nicht nur auf die Gesetze selbst an, sondern auch darauf, was die Mitarbeiter in den Behörden daraus machen. Erst im Oktober hat eine Studie des Deutschen Instituts für Wirt-

schaftsforschung gezeigt: Regulierung schadet zwar der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes, denn mit jeder zusätzlichen Regel sinkt die Zahl schnell wachsender Unternehmen im Land. Aber gute Ämter können einen Teil der Effekte wieder ausgleichen: Je besser die Verwaltung, umso weniger schadet Regulierung dem Wachstum. Deutschland steht in diesem Sinn zwar besser da als die meisten anderen EU-Staaten, aber es ist noch viel Luft nach oben, und die skandinavischen Staaten zeigen auch, wie man die nutzt. Die meisten deutschen Bundesländer haben dagegen in den vergangenen Jahren an Boden verloren.

Praktiker sagen: Oft würde es schon helfen, wenn die Verwaltung einen zentralen Ansprechpartner stellt. Damit Menschen mit größeren Vorhaben nicht jedes Mal selbst von einem Amt zum anderen laufen müssen. Denn jede Behörde sieht nur ihre eigene Agenda und will dafür alle Risiken ausschließen. Ob das Projekt als Ganzes funktioniert, ist den einzelnen Ansprechpartnern egal. Wenn es aber für die Bürger einen zentralen Ansprechpartner gäbe, der alles koordiniert, wäre schon viel geholfen.

Doch das ist nur ein Anfang. Mehr Offenheit für Risiken fordert Johanna Sieben. Sie veranstaltet ein jährliches Festival, bei dem „kreative Bürokraten“ einander ihre besten Ideen präsentieren. „Wir brauchen eine andere Fehlerkultur in der Verwaltung“, sagt sie. „Wir müssen eine Kultur der Offenheit schaffen, in der Scheitern möglich ist und geschützt. Risiken eingegangen werden können.“ Und wer bringt das der Verwaltung bei, wenn es in Deutschland 176 Minister und fast 11.000 Rathauschefs gibt? Sieben ist optimistisch, dass sich die Amtskultur aus sich heraus verändern kann. „Da kann ganz viel in der Verwaltung selbst passieren.“

Und das ist vielleicht die beste Chance, dass Deutschland wieder agiler wird: Die Bundesregierung streicht die Gesetze, zu deren Abschaffung sie sich durchringen kann. Aber auf allen Ebenen überlegen Verwaltungen, wie sie den Deutschen ihre Unternehmungen und ihre Projekte erleichtern können. Das braucht etwas Mut. Den müssen am Ende die Bürger belohnen. Ein paar gute Ideen finden sich in diesem Spezial.